

Mittel finden gegen den Therapeuten-Mangel P 2/A

Die Bundestagsabgeordnete Jutta Eckenbach (CDU) hat zum Thema „zeitgemäße Gesundheitsversorgung“ Experten geladen

Von Alexa Kuszlik

Im Rücken zieht' s, der Arzt hat eine Physiotherapie verschrieben – nur leider muss man lange auf einen Termin warten. „Das liegt am Therapeutenmangel, der in Essen und im Ruhrgebiet besonders alarmierend ist“, sagt Jutta Eckenbach. Die Essener CDU-Bundestagsabgeordnete hat deshalb im Rahmen des aktuellen Gesetzgebungsverfahrens zur Heil- und Hilfsmittelverordnung Experten zur Diskussion in den Ruhrturn geladen.

Der Therapeutenberuf sei nicht attraktiv genug und die Ausbildung zu teuer, hört man immer wieder aus dem Publikum. Tatsächlich seien von den 45 Schulen in NRW nur acht kostenfrei, die anderen verlangen im Monat etwa 300 bis 450 Euro Schulgeld, gibt Eckenbach an. Und:

„Viele können sich das nicht leisten.“ Deshalb will sie erreichen, dass diese Ausbildung staatlich gefördert wird. Damit und mit einer höheren Vergütung will Eckenbach dem Therapeutenmangel entgegenwirken.

Modellvorhaben nach Essen holen

Auch Achim Mikulla von der AOK Rheinland kam zur Diskussion, denn die Preisfindung findet zwischen Verbänden und Krankenkassen statt. Zur Zeit verdienen beispielsweise Physiotherapeuten je nach Berufserfahrung zwischen 23 000 bis 28 000 Euro jährlich – brutto.

Eckenbach möchte außerdem ein Modellvorhaben nach Essen holen, dass den Therapeuten mehr Rechte gibt: „Dann werden Mediziner eine Blanko-Verordnung attestieren und der behandelnde Therapeut legt die

geeignete Therapie, die Behandlungshäufigkeit und Dauer fest“, erklärt die 65-Jährige. Zur Zeit dürfen das nur Ärzte. „Das Modell führt zu weniger Wegen, weniger Bürokratie und damit auch zu geringeren Kosten.“ Nach einem dreijährigen Modellversuch, der bis 2019 läuft, werde geprüft, ob die Blankoverordnung die Regel werden könne.

Ein ähnliches Modell könne später auch denkbar für Rehabilitationsmaßnahmen sein, meint Christoph Lawall, Geschäftsführer der Gesellschaft für medizinische Rehabilitation e.V. Er sieht den Gesetzesentwurf positiv. „Die Ergebnisse der zweistündigen Diskussion werden in der Debatte um das aktuelle Gesetzgebungsverfahren und darüber hinaus Berücksichtigung finden“, verspricht Eckenbach den mehr als 90 Gästen.